

# Der Gesellschafter

## Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold Nagolder Tagblatt

Gegeben 1826

Preisprophet 29

Angewandte Schule für den einseitigen Unterricht in der gewöhnlichen Schrift oder deren Namen bei einmündiger Einweisung 20 Bl. bei mehrmündiger, Nebenamt nach Tarif. Bei gerichtlicher Intervention u. Konsistenz ist der Rabatt hinfällig.

Verbreitete Zeitung im Oberamtsbezirk

Telegraphen-Adresse: Gesellschafter Nagold  
Postfachamt Stuttgart 5114

Nr. 294

Donnerstag den 18. Dezember 1919

93. Jahrgang

### Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Berlin, 16. Dez. Vizepräsident Lohse eröffnet die Sitzung um 10.20 Uhr vormittags.

Auf die Anfrage Deiters (D) nach Hilfsmassnahmen für die notleidenden deutschen Landes-, Bezirks- und Gemeindebeamten, Geistlichen, Lehrer und Lehretinnen aus den Besatzungen erwidert Unterstaatssekretär Lewald, daß die Reichsregierung sofort nach Neujahr der Nationalversammlung ein Gesetz zu Gunsten der vertriebenen Deutschen vorlegen, inzwischen aber schon eigene Hilfsmassnahmen durchzuführen werde. Die Betroffenen würden im Siedlungsstellen bezogen werden und für die zahlreichen Arbeiter unter ihnen werde ein besonderes Dezernat bei der Reichsregierung eingerichtet.

Zur 2. Lesung des Gesetzes betreffend Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft führt Krüger-Peckham (Soz) aus: Die völlige Sozialisierung unserer Wirtschaft setzt das Bekenntnis zur Demokratie voraus. Die Elektrizitätsversorgung muß durch Heranziehung aus großen zusammengeschlossenen Werken in der Nähe der Kohlenzentrale und der Wasserkraftwerke erfolgen. Die Durchführung dieser Massnahmen wird uns aus einer Reihe wirtschaftlicher Schwierigkeiten herausführen.

Dr. Richter (D) weist auf den Widerspruch hin, der sich bei den Unternehmen dagegen geltend macht, daß das Reich die Verwertung übernehmen soll.

Falk (Dem): Das Monopol darf nicht als Einnahmequelle für das Reich ausgenutzt werden. Wirtschaftlich ungünstig gelegene Gegenden müssen durch dasselbe einen Ausgleich erfahren.

Sandberg (D): Während ein Teil meiner Freunde sich mit der Vorlage abfindet, indem er bei ihrer Beurteilung die rein wirtschaftlichen Gesichtspunkte in den Vordergrund rückt, lehnt der gröÙere Teil meiner Parteigenossen das Gesetz ab. Unsere Bedenken richten sich hauptsächlich dagegen, daß bei der Übernahme bestehender Betriebe für die Entschädigung der Enteigneten ein Ausschlag gibt, während beim Reichsnotopfer die Werte zum gemeinen Wert eingeschätzt werden.

Dr. Mareßki (DBP) fürchtet von dem Gesetz einen außerordentlich schädlichen Eingriff in die bestehende günstige organische Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft. Seine Partei beantragt gezielte Durchführung des Prinzips der Selbstverwaltung.

Nachdem noch Henke (US) darauf verwies, daß die wirtschaftliche Enteignung erst möglich sei, wenn das Proletariat die politische Macht habe und daß bei allen Sozialisierungsfragen es sich um Aufhebung der kapitalistischen Ausbeutung handle, wird die Weiterberatung um 1 Uhr abgebrochen.

Fortsetzung der Debatte 3 Uhr nachmittags.

Nach der Unterbrechung wurde die Sitzung um 3.05 Uhr wieder aufgenommen.

Das Elektrizitätsgesetz wird ohne weitere Aussprache im wesentlichen unversändert nach dem Beschluß des Ausschusses angenommen.

Gegen den Vorschlag des Präsidenten, die 3. Lesung sofort vorzunehmen, erhob der Abg. Henke (US) Widerspruch. Es folgt die 2. Lesung des Umsatzsteuergesetzes.

Abg. Stod (Soz): Bei den direkten Steuern ist man unter Umständen besonders entgegen gekommen. Auch sind in diese Vorlage soziale Vergünstigungen, die den Steuerfreien zu gute kommen, aufgenommen worden. Wir wünschen nur noch, daß aus dem Entwurf dieser Steuern eine Rückvergütung an steuerpflichtige Familien zustanden wird. Auf die Provinzpresse muß bei der Umsatzsteuer für die Inländer besondere Rücksicht genommen werden. Dadurch daß die Verbrauchssteuer auf 3% herabgesetzt worden ist, ist für uns das Gesetz annehmbar gemacht worden. Das ganze Gesetz ist für uns ein Provisorium. Es muß geändert werden, sobald die Lage des Reiches es gestattet. Wenn uns auch die Steuer nur wenig Freude macht, so stehen wir doch unter der Rot der Vaterlande.

Abg. Schiel (D): Ein Teil meiner Freunde befürchtet eine Konzentration der Betriebe. Das Kinderprivileg begrüßen wir vom sozialen Standpunkt aus. Trotz manchen Bedenken stimmen wir der Vorlage zu, weil ohne indirekte Steuern die Bekämpfung unserer Finanzen unmöglich ist.

Abg. Weglich (D): Diese Vorlage ist uns unpopulär. Wenn Minister Czernberger zugibt, daß die Belastung der Arbeiterschaft durch diese Steuer unbedingt Lohnnachbesserungen zur Folge haben müsse, so ist darauf hinzuweisen, daß die mitberühmten Kreise jetzt nicht mehr die Arbeiter sind, sondern der Mittelstand und die Beamten, für die dann eine Gehaltsaufbesserung erfolgen muß. Der finanzielle Erfolg der Steuer wird im wesentlichen herabgemindert, wenn auch der Steuerfuß von 1% auf 1½ bis 2% heraufgesetzt worden ist. Rot tut uns ein Abbau der Preise. Durch dieses Gesetz wird aber das Gegenteil erzielt.

Abg. Waldstein (D): Das Gesetz ist ein Provisorium. Kommen auch einmal wieder normale Zeiten mit normalen Preisen, so muß das Umsatzsteuergesetz geändert werden. Das Kinderprivileg sollte nur Schlag greifen bei kinderreichen Familien, nicht schon bei einem oder zwei Kindern.

Abg. Reussler (DBP): Es wäre falsch, aus Prinzipienreitererei gegen eine indirekte Steuer zu stimmen. Schon mitten im Kriege haben wir verlangt, daß das Gleichgewicht des Haushalts nicht nur durch Anleihen, sondern auch durch Steuern hergestellt werden wird. Die freien Berufe haben wir in die Steuer hineingenommen, gerade im Interesse der gleichmäßigen Belastung aller Volksteile. Ebenso steht es mit der Luxussteuer. Das Kinderprivileg gehört eigentlich nicht in eine indirekte Steuer hinein. Trotzdem stimmen wir ihm zu, allerdings so, daß es nicht schon bei einem oder zweien, sondern drei Kindern eintritt.

Abg. Henke beantragt Vertagung und bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Vizepräsident Lohse legt darauf die nächste Sitzung auf Mittwoch 10 Uhr an.

Fortsetzung und dritte Lesung des Reichsnotopfers. Schluß 6½ Uhr.

### Tagess-Neuigkeiten.

#### Frankreichs Hintergedanken mit Oesterreich.

Wien, 16. Dez. Entwürfend an die Ausrufung eines hiesigen Entente-Diplomaten, daß Deutschland in die französische Machtsphäre eingezwängt werden soll, schreibt das 'Neue Wiener Tagblatt': Wir haben nicht das Recht, empfindlich zu sein und wollen möglichst auch das schlimme Wort 'Einfluß' schon hinunterwürgen. Doch müÙte das nur den Sinn haben, daß Frankreich sich für Deutsch-Oesterreich verantwortlich glaubt, weil unser Staat auf ganz besondere Wünsche und Absichten Frankreichs zugeschnitten ist. Die Lebensweise, die nicht die unserer sind, müÙten aber unter allen Umständen ausgeschaltet bleiben. Deutsch-Oesterreich braucht und wünscht die Herstellung besonderer Handels- und Verkehrsbeziehungen zu den Nachbarnationen. Es kann sich aber nicht als Teilglied einer solchen Kombination verwenden lassen. Wir würden von niemandem verstanden werden, wenn wir dem Volke, das mit uns vereint durch mehr als 4 Jahre überaus rühmlich gekämpft hat und mit dem wir durch kulturelle Gemeinschaft und nationales Empfinden verbunden sind, unterwerfen sollten. Das gleiche gilt von den Albanern, die den Anspruch an Süddeutschland nur mit dem geheim oder offen zugegebenen Wunsch betreiben, daß durch die Schaffung eines übermäÙtigen Süddeutschlands die deutsche Einheit zerrütet würde. Den Rheinbund an der Donau müssen wir ablehnen. Das sei mit Bescheidenheit, die unsere Schwäche zeigt, aber auch mit Freimuth ausgesprochen, der Mißverständnissen vorbeugen soll.

#### Clemenceaus Londoner Ziele.

Paris, 16. Dez. Die Pariser Morgenpresse setzt ihre Betrachtungen über das Ergebnis der Reise Clemenceaus nach London fort. Gertinac sagt im Echo de Paris, 2. Bedingungen seien sichergestellt. 1. die interalliierte Militäraktion, deren Präzisions-Marschall Foch sein werde, wurde aufrecht erhalten. Sie habe die Aufgabe, die Arbeiten der verschiedenen Militärkommissionen, die in Deutschland tätig seien, zu überwachen. 2. sei es wahrscheinlich, daß England annehmen werde, mit Frankreich einen Garantievertrag zu zeichnen. Hinsichtlich der allgemeinen Fragen sagt Verlinar, man glaube, daß die Amerikaner dennoch nach kürzerer oder längerer Frist ratifizieren werden. Aus dieser Sachlage habe man die erforderlichen Folgerungen gezogen. 1. dadurch, daß man den englisch-französischen Garantievertrag noch nicht revidieren will, um ihn unabhängig vom Völkerverbund zu machen; 2. dadurch, daß man das abstrakte Problem vertagen wird; 3. dadurch, daß man die Prüfung des russischen Problems auf das kommende Jahr verschiebt und 4. dadurch, daß man das Problem der Meerengen mit dem der asiatischen Türkei und Konstantinopels ebenfalls aufschiebt.

Paris, 16. Dez. Havas. Der 'Matin' kommt auf die Londoner Konferenz zurück und sagt, daß die Dringlichkeit einer gemeinsamen Politik in der Türkei anerkannt wurde. Berthelot teilte seinen Kollegen im Kriegsamt die Meinung der französischen Regierung mit, indem er bestimmte Dokumente übergab. Er wird Ende dieser Woche in dieser Angelegenheit nach London zurückkehren. Bezüglich eines interalliierten Generalstabes sagt der 'Matin', daß nach die Frage der Organisation und der Truppenbestände zu prüfen ist. Die beiden Kommandanten haben sich über den Organisationsplan für die Friedenszeit ausgesprochen. Man sieht das Bestehen eines Generalstabes der französischen Armee vor, als welcher Marschall Dupont in Frage kommt, der dem Befehl des interalliierten Rates, dessen Vorsitz Marschall Foch habe, zur Verfügung stehe. Der 'Matin' bestätigt, daß für den Augenblick keineswegs von einem militärischen Bündnis mit Belgien und Italien die Rede ist.

Amsterdam, 16. Dez. Laut 'Telegraaf' schreibt 'Daily Mail' in einem Leitartikel über die Konferenz in der Downing-Street: Das Notwendigste ist, den Friedensvertrag sofort in Kraft treten zu lassen, um der Unsicherheit in Europa ein Ende zu machen. Solange das nicht geschehen ist, kann die Welt nicht zur Ruhe kommen und die Produktion sich nicht erholen.

Paris, 16. Dez. Jacques Boisville schreibt in der Action Francaise: Trotz der vollständigen Verhinderung der Lage

erinnert die Reise Clemenceaus nach London an die historische Rundreise eines anderen schwächlichen Herrschers. Als Thiers die Hauptstädte besuchte, um Allianzen für das besiegte Frankreich zu finden, suchte er ein Europa und fand es nicht. Für das heutige Frankreich, das gestern von 20 Alliierten umgeben war, ist Clemenceau nunmehr seinerseits in Europa suchen gegangen an Stelle eines Völkerverbundes. Er scheint nicht mehr gefunden zu haben als Thiers. Es hat den Anschein, daß in London sich ein Einverständnis zwischen Frankreich, England und Amerika auf Kosten des 4. Afrikas (Italien) vollzogen habe. Indem man der italienischen nationalen Bewegung entgegen gearbeitet hat, hat man gegenwillige Kräfte entwickelt und Italien schied sich an, den Weg zu beschreiten, den seine Enttäuschung ihm geöffnet hat.

#### Der Kampf um den Frieden in Washington.

Washington, 16. Dez. Der Kampf um den Friedensvertrag geht mit unerminderter Schärfe weiter. Je mehr die Republikaner versuchen, den Friedensvertrag in seiner jetzigen Form zu Fall zu bringen, desto schärfer wird auch die Opposition der Demokraten und ebenso des Präsidenten Wilson selbst. So hat Wilson am Sonntag wieder erneut erklärt, daß er am Friedensvertrag unerschütterlich festhalte. Wilson will wieder einen Ausgleich herbeiführen, ohne irgend ein Jugendumstände einzugehen. Es ergibt sich immer mehr, daß das Problem des Friedensvertrags nicht durch den Senat festgelegt werden kann, sondern daß die Entscheidung durch die im nächsten Frühjahr stattfindende Volksabstimmung erfolgen muß. Sie wird auch zeigen, ob Wilson genügend Anhänger im Lande besitzt, um weiterhin als Präsident kandidieren zu können.

Amsterdam, 16. Dez. Daily News melden aus New-York, daß die führenden Republikaner ein sofortiges und konkretes Abkommen mit Großbritannien für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens fordern.

#### Vom obersten Rat.

WTB. Paris, 16. Dez. Der Oberste Rat der Alliierten versammelte sich unter dem Vorsitz Clemenceaus heute morgen in dessen Wohnung. Der Rat prüfte zuerst die deutsche Antwort auf die Note der Alliierten vom vorigen Montag. Es wurde beschlossen, daß eine Konferenz zwischen den alliierten und deutschen Experten heute Dienstag nachmittag stattfinden soll, um den Teil der Note zu erörtern, der sich auf die Zusage der Verfertigung der Flotte in Scapa Flow geforderte Wiedergutmachung bezieht. Frankreich wird in dieser Kommission durch Admiral Lenoir vertreten sein. Gewisse Teile der deutschen Antwort wurden zur Prüfung an die juristische Kommission überwiesen. Die Vertreter der Alliierten haben insgesamt den persönlichen Ton der deutschen Note gebilligt. Eine Antwort darauf wird vorbereitet und der deutschen Delegation gegen Ende dieser Woche übergeben werden. Der Rat prüfte darauf eine durch die österreichische Delegation aufgeworfene Frage, die sich auf Borarlberg bezieht, das wünschen soll, aus dem österreichischen Staatsverband auszuscheiden. Die Wiener Vertreter waren einzig bezüglich der Notwendigkeit, das Verbleiben aller Gebiete der neuen Republik unter österreichischer Souveränität zu erleichtern. Staatskanzler Kenner erstattete sodann ein langes Exposé über die tragische Lage der Bewohner Oesterreichs, die sich binnen kurzem der völligen Entzweiung von Lebensmitteln ausgelegt sehen, da die verfügbaren Nationen nicht gestatten, die Versorgung über den 21. Januar hinaus zu sichern. Der Rat prüfte die Mittel, um diesem Stande der Dinge entgegenzutreten. Er beschloß, 30000 Tonnen Getreide, die gegenwärtig in Triest lagern nach Oesterreich zu senden. Die finanzielle Hilfe Amerikas wurde als unerlässlich betrachtet, um die Versorgung Oesterreichs zu erleichtern. Zum Schluß erklärte Kenner, sein Land wünsche von den Alliierten nicht nur eine Hilfe, die ihm ermöglichte, bis auf weiteres zu leben, sondern vielmehr die Ausarbeitung eines allgemeinen Versorgungsschemas, das sich auf eine Zeit von zehn bis zwölf Monaten erstreckt und dem Volk gestatte, sich wieder an die Arbeit zu setzen, seine Industrie aufzurichten und seine Schulden zu bezahlen. Er fügte hinzu, daß Oesterreich bereit sei, die Beziehungen mit seinen Nachbarn, den Jugo-Slawen und den Tschecho-Slowaken, wieder aufzunehmen. Der Oberste Rat wird am Mittwoch Morgen bei Clemenceau wieder eine Sitzung abhalten.

#### Die russische Frage.

London, 16. Dez. Das Unterhaus nahm gestern das Armeebudget an, das die Höhe von 405 Millionen Pfund Sterling aufweist. Winston Churchill erklärte, daß das Budget für das nächste Finanzjahr, nicht der vierte Teil dieser Summe erreichen werde. Er sprach dann von der russischen Frage u. erklärte, daß die gegenüber Rußland angenommenen Richtlinien das Ergebnis der Beschlüsse des obersten Rates seien. Die Bolschewisten leben sich dieses Jahr von Rotkäse und Danks aufgehoben. Aber wenn die Truppen dieser beiden Führer aufgerieben seien, bekämen die Bolschewisten alle Kräfte frei, um die baltischen Staaten, Polen u. Finnland niederzuerwerfen, durch Persien an die Grenze vorzudringen und ganz Asien in Unordnung zu bringen. Wenn

dieser Tag kommt, schloß Winston Churchill, werden wir uns Rechenschaft abgeben darüber, daß wir nicht für Politik und Technik gekämpft haben, sondern diese für uns. London, 16. Dez. Man meldet aus japanischer Quelle, daß trotz der veränderten Lage in Rußland Japan keineswegs die Absicht habe, die Truppen aus Sibirien und von der transsibirischen Linie zurückzuziehen. Man ist befriedigt über die Anwesenheit des japanischen Botschafters bei den Londoner Konferenzen, denn diese Tatsache zeigt deutlich die vorhandene Solidarität zwischen Japan und den Alliierten. Das Rußland betrifft, so stimmen die Ansichten Japans vollkommen überein mit der allgemeinen Auffassung, obwohl Japan die Lage aus mancherlei Gründen von seinem besonderen Standpunkt aus betrachten wird, wird es keine Neutralitäten annehmen, ohne sich mit den Alliierten zu verständigen.

#### Parteitag des Zentrums.

Berlin, 16. Dez. Wie die „Vossische Zeitung“ meldet, soll Ende Januar, spätestens Anfang Februar, jedenfalls einige Tage vor Wiederbeginn der Verhandlungen der Nationalversammlung, ein Parteitag des Zentrums abgehalten werden.

#### Das Züchtigungsrecht.

Berlin, 16. Nov. Der preussische Landesparlament hat ein Antrag König-Frankfurt a. M. zugegangen, wonach das Züchtigungsrecht der Lehrer und Lehrerinnen für alle Schulen nur in besonderen Fällen zugelassen, sowie auf obige Befreiung des Züchtigungsrechtes hingewirkt werden soll.

#### Beratungen über die Entschädigungsfrage.

Paris, 16. Dez. Die alliierten und die deutschen Sachverständigen trafen heute nachmittags 4 Uhr im Maison de la Presse in der Zahl von 30 Personen zusammen, um über die Kompensationen für die in Scapa Flow versenkten Schiffe zu beraten. Den Vorsitz führte Loucheur.

#### Die Möglichkeit revolutionärer Erhebungen.

In der Dienstag-Sitzung der preussischen Landesversammlung erklärte der Minister des Innern, Heine, u. a.: Was die äußerste Linke anbelangt, so müssen wir mit der Möglichkeit revolutionärer Erhebungen in diesem Winter rechnen, aber wir werden ihnen zu begegnen wissen.

#### Deutsche Spielwaren in England.

Amsterdam, 17. Dez. „Telegraaf“ meldet aus London: Im Unterhause erklärte Geddies in Beantwortung einer Anfrage, daß die Einfuhr von Spielwaren aus Deutschland im Monat November beträchtlich größer war als im September. Er könne jedoch vorläufig die Einfuhr deutscher Spielwaren nicht für zwei Jahre verbieten, wie man von ihm verlangt.

#### Beurteilung der deutschen Antwort in der franz. Presse.

Paris, 16. Dez. Die deutsche Antwortnote wird im allgemeinen in der Pariser Morgenpresse günstig aufgenommen. Der „Matin“ meint, es sei wenig wahrscheinlich, daß man ohne weiteres die Entschädigungsmodalitäten annehmen werde, die die Deutschen vorschlagen. Wenn aber die Alliierten sich dazu verstehen sollten, ihre ursprünglichen Bedingungen zu mildern, so würden die Widerlungen auf keinen Fall den Charakter eines Kompromisses haben. — „Petit Journal“ sagt, wenn es sich bestätige, wie die deutsche Note es behauptet, daß die Ausführung der Forderungen Deutschland in die Unmöglichkeit setze, die anderen Verpflichtungen, die ihm der Friedensvertrag auferlege, zu erfüllen, dann würden die Alliierten, wie sie es versprochen hätten, ihre Forderungen mildern. — „Petit Parisien“ meint, es stehe jetzt schon fest, daß es unmöglich sei, die Frage von Scapa Flow zu regeln, ohne maritime Sachverständige zu hören. Eine gewisse Anzahl Techniker sei deshalb zu der Sitzung für heute nicht geladen. Nachdem man ihnen Rat angehöre, könne es unvermeidlich, daß man sie mit den deutschen Sachverständigen zusammenbringe. In keinem Fall könne aber die Diskussion noch sehr lange dauern und die Ratifizierung des Friedensvertrags dürfte nunmehr als sehr nahe bevorstehend bezeichnet werden. — „Somme Libre“ ist auch der Ansicht, daß nunmehr der Friedensvertrag von Versailles baldigt in Kraft treten werde. — Der „Figaro“ sagt, der deutsche Vorschlag scheint a priori nicht unannehmbar. Die Deutschen erkannten im allgemeinen das Prinzip des Schadenersatzes an, sie diskutierten nur über die Höhe und über die Möglichkeiten. — Auch der „Gaulois“ ist der Ansicht, daß die Sachverständigen den Wert der deutschen Argumente zu prüfen hätten. — In der „Canterne“ wird erklärt, wenn die Dinge sich so entwickelten, wie Deutschland in seiner Note

## Ein Großer in der Welt der Kleinen.

### In „Struwpeters“ 75. Geburtstag.

Er ist nicht schwedischer Herkunft, der Weigenannte, von dem im Nachstehenden kurz die Rede sein soll; aber so von Stammesgrenzen und Zeit losgelöst, daß er auch im schönen Schwabengau, wo von alterher gerne die Märchen umgehen und der gesunde Humor seine bleibende Stätte hat, allwärts bekannt sein möchte. Wir meinen den „Struwpeter“, diesen lieblichen unserer Kinderstube und erklärten Freund unserer Kleinen, der jetzt an diesem Weihnachtstage seinen 75. Geburtstag begehen darf und somit wohl einen feinen, dankbaren Gruß aus diesem Kalise auch aus Schwabenland erwarten darf.

Struwpeters Wiege stand in der großen Stadt am Main, in der ja auch einer der größten unseres Volkes von Ritterschen die Frohmutar und Lust zu habulieren“ einst in die Wiege gelegt war. Dort zu Frankfurt also ging, wie er selbst erzählt, „gegen Weihnachten des Jahres 1844, als sein ältester Sohn 3 Jahre alt war“, der präst. Kzt. Dr. Heinrich Hoffmann eines Abends in die Stadt, um dem Jungen zum Festgeben ein Bilderbuch zu kaufen, wie es der Fassungstrakt des kleinen menschlichen Wesens in solchem Alter entsprechend schien. Was er fand? Eine Unmenge Bilderbücher, aber leider kein brauchbares darunter. Da kaufte Dr. Hoffmann, der auch ein guter Pädagoge war, ein — leeres Schreibheft, die besten Verse hinein und zeichnete die nötigen gruseligen Grottenbilder dazu — und es entstand „der Struwpeter“.

Die Ausgabe einer genialen Platte also, die so ungeheuren Beifall fand, daß der erstmals 1847 gedruckte „Struwpeter“ an seinem 25. Geburtstag bereits die 100. Auflage sah

## Vor der Entscheidung.

Wenn die französische Chauxsteinpresse feststellt, daß die deutsche Note in ihrer Gesamtheit einen guten und zufriedenstellenden Eindruck gemacht hat und diese daher als fest entgegengenommen bezeichnet, und wenn selbst der Oberste Rat in einem offiziellen Bericht der Havasagentur gefühlvoll erklären läßt, daß die deutsche Note die Billigung dieser hohen Körperschaft gefunden habe, dann weiß auch der, der den gesten von uns veröffentlichten Wortlaut der deutschen Note nicht gelesen hat, daß unsere Regierung, um endlich zum Frieden zu kommen und unseren armen Brüdern in französischer Gewalt endlich den Weg in die Heimat zu ebnen, wieder einmal nachgegeben und dem Feindbund Zugeständnisse gemacht hat, die diesen vorerst zufrieden sein lassen. Das Schwerkriegsrecht der politischen Lage liegt wieder bei dem vereinigten Entente-Rat in Paris, in dessen Hand es nun gegeben ist, die eingeleiteten Besprechungen mit den deutschen Sachverständigen über die von unserer Regierung grundsätzlich zugestimmte Entschädigungspflicht für Scapa Flow so zu gestalten, daß endlich der Friede in die Tat umgesetzt werden und der derzeitige unhelvolle — für uns wie für die Entente wirtschaftlich unheilvolle Zustand aufgehoben werden kann. Wir dürfen wohl annehmen, daß die Beratungen in Paris rasch zu einem Ende führen werden. Wir stehen also vor der Entscheidung.

Wie diese Entscheidung ausfallen wird, darüber brauchen wir uns keine zu großen Hoffnungen zu machen. Ein Engländer hat es unlängst ausgesprochen, daß England mit Deutschland ganze Arbeit gemacht habe, indem es uns die Kriegsmarine und die Handelsflotte mit jeder Wiederaufbaumöglichkeit genommen habe. Dieser Engländer hat angeplaudert, was bei uns viele noch nicht glauben wollten. Da Deutschland die Entschädigungspflicht für Scapa Flow grundsätzlich anerkannt hat, wird England aus Gründen seiner geschäftlichen Interessen schon solche Forderungen durchdrücken, die uns den letzten festen Punkt unter den schwachen Füßen wegnehmen sollen. Frankreich wird selbstverständlich dazu umso lieber seine Hand bieten, als Herr Clemenceau, der auf der Rückseite von London einen Rippenbruch erlitten hat, in London anscheinend nicht das Glück hatte, die erwartete noch festere militärische Allianz mit England auf den ersten Anhöhe zustande zu bringen. In Frankreich wiegt aber immer noch — so komisch es auch klingen mag — die schlotternde Angst vor Deutschland, dem wehrlos und elend gemachten Deutschland vor. Darum ist auch den Franzosen jedes Mittel recht, um die „deutsche Gefahr“ zu bannen. Vor der Entscheidung stehend, wollen wir uns trotz aller sichtbarlich gemäßigten französischen Pressestimmen keine Hoffnung auf ein großes Entgegenkommen und Verständnis für unsere Lage machen.

auseinandersehe, dann seien die Alliierten moralisch verpflichtet, die positiven und detaillierten Vorschläge der Spezialisten von Hamburg über einen anderen Modus der Wiedergutmachung anzunehmen. Ein solomonisches Urteil sei gut, aber es werde doch jedenfalls zu einem Kompromiß kommen.

#### Das Betriebsratsgesetz.

Aus technischen Gründen hat sich die Verabschiedung des Betriebsratsgesetzes vor Weihnachten als nicht mehr möglich erwiesen. Der „Vorwärts“ erwartet, daß alsbald nach den Feiertagen die Nationalversammlung zusammentritt, um das zur Wiederherstellung des inneren Friedens außerordentlich wichtige Gesetz schleunigst zu verabschieden.

#### Furchtbare Behandlung deutscher Gefangener in französischen Straflagern.

Berlin, 16. Dez. Der (englische) Manchester Guardian vom 11. Dez. veröffentlicht folgenden, der Redaktion aus Nordfrankreich eingesandten Brief: Das französische Volk sängt an, seine Meinung zu der Frage der verlängerten Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen zum Ausdruck zu bringen. Ich arbeite seit mehreren Monaten in den verödeten Gebieten und kann versichern, daß der Geist der Gerechtigkeit und des fair play bei der hiesigen Bevölkerung lebendig ist, was dazu führt, daß sie offen das Verhalten der militärischen Behörden und der Regierung gegenüber den Belagerten verurteilt. Eine Reihe von unserer Niederlassung entfernt befindet sich ein großes Disziplinlager für deutsche Gefangene. Die Leute werden dorthin verschickt als Strafe für Fluchtversuche oder andere Vergehen. Die Behandlung, die diesen Leuten widerfährt,

und in alle europäischen Sprachen überlegt war, während das Buch bis heute beinahe 400 000 Auflagen erleben durfte. Warum? Weil der Verfasser, Dichter und Zeichner es verstanden hat, den richtigen pädagogischen Grundsat: „das Kind erfährt und begreift nur, was es sieht“, so zweckmäßig in Wort und Bild einprägt, daß den „Struwpeter“ hierin bis heute kaum ein anderes Kinderbuch zu erreichen oder gar zu übertreffen vermöchte.

Alle wollten das freilich nicht erkennen, denn neben den ungezählten Dank- und Beifallskundgebungen, die dem 1894 in Frankfurt hochbetagt verstorbenen Dichter zuzugingen, schloß es auch nicht an Kritik. Entdeckten doch Bestreben, daß das Buch mit seinen Fragen das ästhetische Gefühl des Kindes verderbe. Der Dichter tat aber diese Herrschaften im Vorwort zur 100. Auflage ab, indem er meinte, dann solle man eben Sänglinge in Gemäldegalerien oder in den Kabinetten antiker Gipsabgüsse erziehen, gleichzeitig aber auch obrigkeitlich verbieten, daß sich das Kind aus zwei Kreisen und einer geraden Linie in der bekannten Weise einen Mann zeichne.

An seinem 75. Geburtstag braucht sich „Struwpeter“ um detarierte Kritik erst recht nicht zu kümmern, denn hinter ihm steht der offenkundige Erfolg. Bräunen möchte sich der Unvernünftige aber vielleicht darüber, daß auch an dieser Weihnachtszeit die Tannenbäume im deutschen Hause noch nicht so froh brennen wollen. Woher das kommen mag? Doch das ist nicht die Schuld der Kleinen. Diese sollen darum nicht unterm Ernst der Zeit leiden, sondern sich des Bienenbaumes und des „Struwpeters“ eben freuen dürfen, so gut es im einzelnen Gelde sein kann.

Wohnhäuser aus Lehm. Wie Regierungsbaumeister Dr. Ing. Dittmann in Königsberg i. P. in einem Artikel

ist scharf bis zum Äußersten. Sie haben keine Decken, keine Schuhe mit Ausnahme von Holzschuhen für Arbeiten im Freien, die aber im Gefängnis nicht getragen werden dürfen und pour rien werden sie zu Brot und Wasser verurteilt und mit warmem Essen nur jeden vierten Tag gespeist, während die sehr schwere Arbeit von ihnen wie von den andern erwartet wird. Ich weiß, daß vor einigen Tagen 13 dieser Leute in unterirdischen Gängen arbeiteten, die sehr feucht sind. Von einem Augenzeugen wurde mit erzählt, daß den Gefangenen, die in einem Regensturm arbeiten mußten, verboten wurde, ihre Mäntel anzuziehen. Die französischen Soldaten, die die Aufsicht haben, verbeihen nicht, was sie von ihrer Tätigkeit halten. Ich wünsche, daß die Öffentlichkeit in England dies erfährt, weil ich überzeugt bin, daß diese Disziplinlager die letzten sein werden, die von ihren Bewohnern geräumt werden und es sich für alle alliierten Mächte gehört, Gerechtigkeit und Vernunft in dieser Angelegenheit zu verlangen.

#### Wiederaufnahme der mündlichen Verhandlungen vor dem Untersuchungs-Ausschuss.

Berlin, 16. Dez. In seiner heutigen Sitzung beschloß der zweite Untersuchungsausschuss des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, die mündlichen Verhandlungen in der dritten Woche des Jahres wieder aufzunehmen. Nach Klärung von Unstimmigkeiten, die sich aus den bisher erfolgten Aussagen ergaben, wird die Diskussion zu Ende geführt werden. Im Anschluß hieran sollen die Friedensangelegenheiten im Jahre 1917 zur Behandlung kommen. Die Veröffentlichung von Akten zur Wilsonaktion im diplomatischen Verkehr Berlin—Washington und die Entstehung des Friedensangebots betreffend wird noch vor Weihnachten erfolgen. Die Dokumente erscheinen als Einlage zu den stenographischen Berichten der öffentlichen Sitzungen des Ausschusses. Die Entscheidung auf den Einspruch des Staatsministers a. D. Dr. Helfferich wurde festgesetzt. Sie wird nach erfolgter Zustellung bekannt gegeben.

#### Kleine Nachrichten.

Berlin, 17. Dez. Die Mitglieder der Kommission der amerikanischen Methodistischen Kirche für Rottfäule und Wiederaufbau verließen gestern abend Berlin, um sich nach Sachsen und dann nach Wien zu begeben. Als Wohltat wurde dem Roten Kreuz der Betrag von 200 000 M. überreicht, der für tuberkulöse Kinder verwendet werden sollte. In Amerika schreitet angeblich die Sammlung der Liebesgaben für Deutschland kräftig fort.

Berlin, 17. Dez. Aus Hamburg wird dem „Berl. Volk.“ mitgeteilt, daß sich am Montag abend in der Nähe des Unterelebehahnhofs etwa 30 Personen versammelten, um den Bahnhof zu stürmen und die dort liegenden Güter zu fesseln. Der Versuch der Menge, die Bahnhofsbeamten zu übermächtigen, mißglückte aber. Die Räuberbande wurde mit scharfen Schüssen zurückgetrieben.

Bochum, 17. Dez. Seit heute nachmittags 3 Uhr streifen sämtliche Angestellte der großen und mittleren Geschäfte und Kaufhäuser der Stadt.

Brüssel, 17. Dez. Die belgische Regierung hat den Dampfer Reedern gestattet, ihre Schiffe im Hafen von Antwerpen einlaufen zu lassen.

Paris, 16. Dez. Die neue deutsche Delegation zur Besprechung der Wiedergutmachungsangelegenheiten für die Verletzung der deutschen Flotte in Scapa Flow ist heute morgen 8.10 Uhr mit dem Kölner Expres in Paris eingetroffen. Es war ein Ordnungsbüro eingetroffen worden. Die Menge betrachtete die Delegierten neugierig, enthielt sich aber jeder Kundgebung.

St. Etienne, 16. Dez. Ein Individuum versuchte in der vergangenen Nacht die Gasse du Soleil in St. Etienne durch Andringen von Sprengstoffen an der Kirchenmauer in die Luft zu sprengen. Der angerichtete Schaden ist sehr bedeutend.

#### Vermischtes.

Schwere Explosionskatastrophe. Wilhelmshaven, 16. Dez. Heute Mittag um 2 Uhr entstand beim Entladen von Granaten im Munitionslager Mariensiel eine starke Explosion, durch die zahlreiche Personen verunglückten wurden. Die Zahl der Toten steht noch nicht fest. Durch die Gewalt der Explosion wurden viele Dächer abgedeckt und auf 3 km. Entfernung sämtliche Fensterscheiben zertrümmert. Der Materialschaden ist groß.

der „Zeitschrift für Wohnungsweesen“ mittels, macht die Behaubauweise in Ostpreußen große Fortschritte. In Rothenstein hat die „Ostpreussische Heimstätte“ bereits durch vielfache Versuche umfassende Erfahrungen gewonnen, einen Stamm von Arbeitern in der neuen Behaubauweise ausgebildet und mit den weiteren Bauten vorzügliche Ergebnisse erzielt. Eine große Anzahl Bauten ist jetzt in Angriff genommen. Regierungsbaumeister Rüdiger baut nach einem Verfahren, nach dem die Mauern von aus Lehm gestampften Quadern hergestellt werden. Wohnhäuser mit Wänden aus Lehmschutt wurden von Stadtbaumeister Niemeyer in Haan, Rheinland, aufgeführt. In einem vorzüglichen neu erschienenen Werkchen „Der Behaubau“, das von jeder Buchhandlung für 3.20 M. zu beziehen ist, schildert er seine vorzüglichen Erfahrungen mit dieser billigen Bauweise, die auch in Württemberg gut anzuwenden wäre, denn Niemeyer stellt durch chemische Untersuchungen fest, daß sich jeder Lehm zu Mauerverk eignet, wenn er gerdensprechend gemischt wird. In der Nähe Berlins sind im Laufe des Sommers eine größere Anzahl Behaubanten erstellt worden, die einen vorzüglichen Eindruck machen. Erwähnt sei noch, daß die Reichsversicherungsanstalt auf dem Ferbellenerplatz in Bismarcksdorf eine ganze Siedelung aus Behaubanten erstellt. Warum hält man in Württemberg immer am alten fest, trotzdem unsere Kohlennot die Baustoffe noch teurer macht als in Norddeutschland? Es wäre an der Zeit, daß sich auch unsere Techniker an den staatlichen Anstalten einmal die Frage vorlegen würden, ob man nicht auch in Württemberg ähnlich wie in Preußen schon lange sich des überall vorhandenen billigen Lehmes als Hauptbaustoff bedienen könnte.

#### Vom

wurde in der schaffung für alle Sta Kommt der M. ausbegeten, Schuldehende einu sicut dabu der enort gße an ficht, dab Ueberdie g auch die an eine Beschf haben. Im vorschiede nung Rodmar Erhöhung d der Stunden 1.60. ür Ho mit Niawie loh der s solge Schö vorher ang Wektigists der enzmei 1920. lgen Phamig. A lermete wie 50 P. auf der Stadt w Trag dieser wärtens. Durch s ged lenprei de meinderat a

#### Balk

Riederbegin \* Volk dienlich de zu geben. \* Herrz bere \* Verk sonenpost 1 25 Min. an \* Peind Reichsausch firtij gegen Anträge au Verbandst zu stellen. \* Kuch arbeitendn gemacht, h. Betrag kon anangmebrn. \* Auf durch den F Wehrplich behörden m stehen auf dem frühe Ministerialrekretierung Ertragkommi jährlich-Freim

#### Nu

p Stu Staatsminil Uebergang d Amtdonner Vertretungs p Stuttga ent eignu nsterium, über Ein summe un Vergütung endgültig zu wurde Ober Stuttgarr. Sch molle

#### Bertragon

Berlin, wurden f. \* Got. Aug. \* dampfer an rikanischen haben aber nicht wieder hörden der wurden un

#### Et

Berlin, versammlung besagt: Die te Witz stillliegende des vllg weite Volks Stipendia können W Not zu verb telbar betelli



### Aus Stadt und Bezirk.

Ragold, den 18. Dezember 1919.

**Vom Rathaus.** Den Hädt. Beamten und Unterbeamten wurde in der gestrigen Sitzung des Gemeinderats eine Beschaffungszulage in Höhe von  $\frac{1}{2}$  der staatlichen Höhe für alle Stellungen einstimmig bewilligt. Ein verheirateter Beamter bekommt danach 566 M. und für jedes Kind 120 M. ausbezahlt. Auch den nicht vollbeschäftigten Unterbeamten, Schuldienerinnen und Fleischbesetzer, werden entsprechende einmalige Zulagen gewährt. Der Stadtgemeinde entsteht dadurch ein Aufwand von rund 15 000 M. Angesichts der enormen Lohnerhöhung, die heute noch nicht einmal auf der Höhe angelangt ist, war der Gemeinderat einhellig der Ansicht, daß die Beschaffungszulage dringend notwendig sei. Ueberdies ging aus den angestellten Erhebungen hervor, daß auch die anderen Gemeinden ihren Beamten und Angestellten eine Beschaffungszulage in ungefähre der gleichen Höhe bewilligt haben. Im Hinblick auf diese Bewilligung wurde den Besuchen verschiedener Angestellter zum Erhöhen ihrer Gehälter einstimmig Rechnung getragen. Auch ein Gehalt der Stadtdienerinnen um Erhöhung des Stundenlohnes wurde genehmigt. Danach beträgt der Stundenlohn der Stadt- und Waidtagelöhner zukünftig M. 1,60, für Vollarbeiter im Walde M. 1,80. Diese Erhöhung tritt mit Rückwirkung vom 15. November ab in Kraft. Der Stundenlohn der Holzhaue wird entsprechend erhöht und zwar für solche Schläge, die erst nach dem 1. Dez. oder ganz kurz vorher angefallen wurden. — Auf Antrag des hiesigen Elektrizitätsrates gab der Gemeinderat unter Verzichtnahme der enormen Lohnerhöhung seine Zustimmung, daß ab 1. Januar 1920 folgende Strompreise berechnet werden: Lichtstrom 75 Pfennig, Kraftstrom 45 Pf. pro Kilowattstunde. Die Höchstpreise werden von 40 Pf. auf 60 Pf. für Licht und von 30 Pf. auf 70 Pf. für Kraftstrom erhöht. Auf den Grundpreis der Stadt wird ein Zuschlag von 40 % zum Vertragspreis gesetzt. Trotz dieser Erhöhungen hat Ragold unter den übrigen württembergischen Gemeinden noch einen der billigsten Stromtarife. Durch eine Kohlenkaufel wurde die zukünftige Preisgestaltung so geregelt, daß mit dem Steigen oder Sinken der Kohlenpreise der Strompreis unter vorheriger Anzeige an den Gemeinderat automatisch herauf- oder heruntergeht. (Schluß folgt.)

**Volkskuchenschule.** Die Heimatkunde fällt heute aus. Wiederbeginn wird bekannt gegeben.

**Volkskuchenschule.** Herr Rechtsanwalt Huber ist heute dienstlich verhindert, seinen Kurs über Rechtskunde (Nr. 2) zu geben. Die Stunde wird nach Vereinbarung mit den Hören heringeholt werden.

**Verkehrspost Halterbach.** Die Abfahrtszeit der Personenzug II Ragold-Halterbach in Ragold ist von 6 Uhr 25 Min. auf 6 Uhr 45 Min. Abends hinausgerückt worden.

**Leinwand für Malermeister.** Aus den Beständen des Reichsausschusses für Oel und Fett in Berlin wird Leinwand gegen Bezugschein an das Malergewerbe abgegeben. Anträge auf Ausstellung von Bezugscheinen sind bei der Landesstelle für Leinwandversorgung Stuttgart, Högelfstraße 13 zu stellen.

**Handwerksorganisation des Handwerks.** Die hauptberuflichen Handwerkerbetriebe werden darauf aufmerksam gemacht, ihren Bedarf für das kommende Jahr bei der in Betracht kommenden Bezirks-Jahung bis zum 20. d. Mts. anzumelden.

**Auflösung der alten Militärverfassungen.** Der durch den Friedensvertrag bedingte Fortfall der allgemeinen Wehrpflicht bringt auch die Auflösung der bisherigen Verfassungen mit sich. In Württemberg hören hiernach zu bestehen auf: 1. Die aus dem Ministerium des Innern und dem früheren württ. Kriegsministerium zusammengesetzte Militärverwaltung in Erfahrungsangelegenheiten, 2. Der Oberrechnungsrat, 3. Die Oberlandkommissionen, 4. Die Erfahrungsmissionen, 5. Die Prüfungskommission für Einjährig-Freiwillige.

### Aus dem übrigen Württemberg.

**p Stuttgart, 16. Dez.** Nach einer Verordnung des Staatsministeriums wird mit Rücksicht auf den bevorstehenden Uebergang der Württ. Staatsbahnen auf das Reich die Amtsdauer der Mitglieder und Erfahrmänner des Betriebs der Betriebsanstalten bis zum Ende des Jahres 1920 verlängert.

**p Stuttgart, 17. Dez.** Ueber das Schiedsgericht für Zwangsenteignung wird durch eine Verfügung des Arbeitsministeriums bestimmt, daß dieses Schiedsgericht berufen ist, über Einsendungen gegen die angebotene Entschädigungssumme und über Einziehungen gegen Verfügungen über die Vergütung des Schadens bei vorläufigen Bestreitungen endgültig zu entscheiden. Zum Vorsitzenden des Schiedsgerichts wurde Oberlandesgerichtsrat Sigel beim Oberlandesgericht Stuttgart, zum stellv. Vorsitzenden Oberlandesgerichtsrat Schmollert ernannt.

### Legte Nachrichten.

#### Vertragswidrige Zurückbehaltung deutscher Passagierdampfer durch Amerika.

Berlin, 18. Dez. Nach einer Meldung der "Times" wurden f. J. laut Waffenstillstandsvertrag, so wird dem "Vol. Ang." aus Zürich gebräutet, 10 deutsche Passagierdampfer an die Vereinigten Staaten geliefert, um die amerikanischen Truppen in ihre Heimat zu befördern. Bis jetzt haben aber die Vereinigten Staaten 7 von diesen Schiffen nicht wieder abgeliefert. Die Angelegenheit ist vor den Behörden der Vereinigten Staaten anhängig gemacht und sie wurden um Wiederablieferung der Schiffe gebeten.

#### Eine Interpellation der Rechtsparteien.

Berlin, 17. Dez. Von den Rechtsparteien der Nationalversammlung ist dieser eine Interpellation zugegangen, die besagt: Die deutsche Volkswirtschaft steht durch eine verfehlte Wirtschafts- und Steuerpolitik und durch die stillliegende Gesetzgebung des letzten Jahres vor der Gefahr des völligen Zusammenbruchs. Dadurch kommen weite Volksteile in die Lage, sich bei dem unablässigen Steigen aller Preise nicht mehr ernähren und bekleiden zu können. Was gebietet die Regierung zu tun, um die größte Not zu verhindern und die nicht an der Produktion unmittelbar beteiligten Bevölkerungsschichten lebensfähig zu erhalten.

### An die Bezahler württembergischer Zeitungen!

Die Papiernot ist nun tatsächlich zur Katastrophe ausgeartet. Durch das Fehlen der Kohlen wurde von den 60 deutschen Zeitungsdruckereien herstellenden Fabriken mehr als die Hälfte zeitweise zum Stillstand gebracht. Bei anderen konnte der Betrieb nur mit größter Not, teilweise durch Verwendung des zur Papierherstellung bestimmten Holzes als Feuerungsmittel, aufrecht erhalten werden. Dazu sind in den letzten zwei Monaten Preissteigerungen des Holzes, bekanntlich des hauptsächlichsten Rohmaterials der Papierfabrikation, eingetreten, die jeder Beschreibung spotten. Von gleichen und anderen Bedrückungen sind die Zellstoff- und Holzstoff-Fabriken betroffen, ohne deren Erzeugnisse kein Papier gemacht werden kann. Deutschland steht vor dem Zusammenbruch der ganzen Papierholzwirtschaft, wenn nicht in letzter Stunde Maßnahmen zur Rettung ergriffen werden können.

Die Zeitungen befinden sich infolge dieser Zustände in einer geradezu verzweifelten Lage. Im Abstände von wenigen Wochen treten neben allen übrigen drückenden Nebenbelastungen immer wieder neue Steigerungen der Papierpreise ein, und zwar so bedeutend, daß ein einziger Aufschlag für jede Zeitung mehr ausmacht, als früher der gesamte Papierverbrauch für die Dauer eines ganzen Jahres. Solche Preissteigerungen hatten die Zeitungen mehrmals in diesem Jahre, zuletzt am 1. Oktober, zu befechten. Und nun steht wiederum eine Erhöhung der Papierpreise bevor, die alle bisherigen weit in den Schatten zu stellen droht.

Die Zeitungen, die sich bis zum äußersten gegen diese enormen Anforderungen zur Wehr gesetzt haben, sind gegen die bestehenden Verhältnisse machtlos. Sie haben bisher unter großen eigenen Opfern alles getan, um ihre Leser soweit als möglich vor weiteren Erhöhungen zu verschonen. Es gibt aber für die Zeitungen keinen anderen Weg zur Herbeiführung eines Ausgleichs als Verbesserungen der Bezugs- oder der Anzeigensätze. Die letzteren wurden dazu von den württembergischen Zeitungen am 1. Oktober herangezogen. Für die mittlere oder kleinere Presse, die nur einen schwachen Anzeigenbestand aufweisen kann, bieten jedoch erhöhte Anzeigensätze einen allzu geringfügigen Erfolg gegenüber den gewaltigen Nebenbelastungen. Diese Wälder sind deshalb fast allein auf eine Erleichterung durch gesteigerte Bezugspreise angewiesen; sie müßten in erster Linie zum Erliegen kommen, wenn sie nicht diese Gebahren eisdicht heraussehen wüßten.

Alle Zeitungen bedauern aus tiefster Seele den langen, besonders für die Presse überaus schweren Kriegsjahren mit dem ganzen übrigen Wirtschaftsleben fortwährenden Beunruhigungen jeglicher Art ausgelegt zu sein. Sie stehen unter unerhörtem Zwang und müssen sich selbst helfen, so gut es eben geht und wie es dem einzelnen Blatt angemessen erscheint. Alle Zeitungsleser aber, denen wir durch diese Darlegungen volle Aufklärung über die Lage geben, bitten wir, sich den vorstehenden Preisbeschwerden einhellig und gegenüberzustellen und den von ihnen gewählten Zeitungen in dieser schwierigen Zeit nach wie vor ihre dankenswerten Treue zu bewahren.

#### Berein Württembergischer Zeitungsverleger

Der Vorstand: Dr. Volk-Obendorf, Esser-Stuttgart, Albrecht-Unterriethen, Dr. Elden-Stuttgart, Hugler-Reutlingen, Haupt-Freudenstadt, Richter-Köppingen, Dr. Seidman-Ilm, Ulmer-Ludwigsburg, Vogt-Biberach, Müller-Stilbronn.

Unter Bezugnahme auf vorstehende Rundgebung des Vereines Württembergischer Zeitungsverleger geben wir bekannt, daß sich der Bezugspreis des Amtsblattes „Der Gesellschaftler“ vom 1. Januar 1920 ab erhöht der beträchtlichen Postgebühren um 40 Pf. im Monat höher stellen wird als bisher.

Verlag des Amtsblattes „Der Gesellschaftler“ Ragold.

#### Der Arbeitgeber als Steuerzähler.

Berlin, 17. Dez. In dem Steuerausfluß der Nationalversammlung begründete Reichsfinanzminister Erzberger die Abzugspflicht, die die Arbeitgeber bei der Lohnzahlung künftig haben sollten. Dieser soll 10 Prozent des baren Arbeitslohnes zu Lasten des Arbeitnehmers einbehalten, und für den einbehaltenen Betrag Steuermarken in die Steuerkarte des Arbeitnehmers einleiten. Durch diese Bestimmung solle das Reich reich in den Besitz von Mitteln gelangen, u. nicht mehr auf Schatzkredite angewiesen sein. Außerdem würden dadurch Tausende von Beamten gepart. In einem demokratischen Staatswesen müßte sich das Volk daran gewöhnen, einen Teil der Arbeit des Staates auf sich zu nehmen. Durch die neue Bestimmung würde eine gewaltige Vermehrung des gesamten Beamtenkörpers notwendig sein, die der Staat jetzt nicht auf sich nehmen könne.

#### Der deutsche Einheitsstaat.

Berlin, 18. Dez. In der gestrigen Sitzung der presch. Landesversammlung wurde die Debatte über den Antrag der Rechtsparteien betr. die Errichtung des deutschen Einheitsstaates zu Ende geführt und der Antrag mit 210 gegen 37 Stimmen angenommen. In dem Antrag erucht die Landesversammlung sofort und nach vor Einbringung der endgültigen Verfassung die Reichsregierung zu veranlassen, mit den Regierungen aller deutschen Länder über die Errichtung des deutschen Einheitsstaates in Verhandlungen zu treten.

#### Wann tritt der Frieden in Kraft?

Berlin, 18. Dez. Eine Anterdamer Depesche des Vol. Ang. besagt, daß nach einer Meldung aus Paris die Verhandlungen zwischen den deutschen und alliierten Sachverständigen über die Entschädigungsfrage wegen der Scaviano-Flotte Ende dieser Woche beendet sein würden. Die Inkraftsetzung des Vertrags von Versailles werde Anfang Januar erwartet.

#### Das Reichsnotopfer.

Berlin, 18. Dez. In der Nationalversammlung wurde bei der 3. Lesung des Gesetzes über das Reichsnotopfer ein Antrag der Deutschen Volkspartei betr. Zurückweisung des Gesetzes an die Kommission in der Abstimmung mit 223 gegen 60 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Berlin, 18. Dez. Die Nationalversammlung hat gestern das Reichsnotopfer in 3. Lesung angenommen, ebenso in 2. und 1. Lesung den Gesetzentwurf über die Steuernachschicht.

#### Der Grubenarbeiterstreik in Belgien.

Brüssel, 18. Dez. Den Zeitungen zufolge hat sich der Bergarbeiterstreik, der in Belgien herrscht, in die Gegend der unteren Sambre ausgedehnt, wo 6000 Arbeiter die Arbeit niedergelegt haben.

#### Unsere Entschädigungsvorschläge.

Paris, 18. Dez. Hannä glaubt zu wissen, daß die Vorschläge der deutschen Delegation dahingehen, daß die Menge des verlangten Schiffraums reduziert wird und daß die gegenwärtig im Bau befindlichen Einheiten zu liefern seien, statt der im Protokoll vorgesehenen.

[Zur Redaktion des Amtsblattes Dr. Volk-Obendorf, Esser, Stuttgart, Württemberg. Verleger Dr. Volk-Obendorf, Esser, Stuttgart.]

### Amtliche Bekanntmachungen.

#### Feldbereinigung II und III auf Markung Gältlingen.

Der Gemeinderat Gältlingen hat den Antrag gestellt auf Ausführung einer **Feldbereinigung II** in den Gewanden: Hundhalde, Herrensberger Steig, Wildsüdle, krummen Steige, Seelenhalde, Heumaden, Langsäcker, Wolfental, Spielgrube, Teich, unterm und oberm Maustäle und Maustälesgraben der Markung Gältlingen

und einer **Feldbereinigung III** in den Gewanden: Wüstengrund, Grünle, Obere Tamme, Wilsibel, Pfannenstiel, Perdenberg, Krufeld, Forstweg, Geberjad, Feldle, Rillberg, vorders und hintere Halde, Baumengraben, Hohe, Gänssberg, Bernlsch, Heimental und zwischen den Höllern der Markung Gältlingen.

Nachdem die beiden Unternehmen von der Zentralstelle für die Landwirtschaft, Abt. für Feldbereinigung, auf Grund einer vorläufigen Prüfung als für die Landeskultur nützlich und im ganzen zweckmäßig für ausführbar erkannt und zur Abstimmung den gestellten Anträgen gemäß zugelassen worden sind, wird hiermit

#### Tagfahrt zur Abstimmung

über die vorliegenden Anträge und zur Wahl der Mitglieder der Vollzugskommissionen auf **Freitag, den 16. Januar 1920** anberaumt und zwar für **Feldbereinigung II** vorm. 8 1/2 Uhr und **Feldbereinigung III** nachm. 2 Uhr.

Hierzu werden die beteiligten Grundeigentümer bezw. deren Vertreter auf das Rathaus zu Gältlingen unter Androhung des Rechtsnachteils eingeladen, daß diejenigen, welche bei der Abstimmungstagfahrt weder in Person noch durch einen seine Vertretungsbefugnis nachweisenden Vertreter erscheinen, als den beantragten Unternehmen zustimmend angesehen und von der Teilnahme an der Wahl der Mitglieder der Vollzugskommissionen ausgeschlossen werden und daß ein Einspruch oder eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen diese gesetzliche Folge des Ausbleibens nicht stattfindet.

Für den Fall, daß die nach der Abstimmung eventuell vorzunehmende Wahl der Landwirte und ihrer Erbmänner für die Vollzugskommissionen aus irgend einem Grunde nicht zustande käme, werden die Landwirte auf Antrag des Oberamts nach vorgängiger Vernehmung des Gemeinderats von der Zentralstelle berufen.

Von dem Plan, der Beschreibung der Feldbereinigung, dem Verzeichnis der Grundeigentümer, dem allgemeinen Uebersicht über die unmaßlichen Kosten und dem Ergebnisse der vorläufigen Prüfung der Zentralstelle kann bis zum Abstimmungstag jedermann auf dem Rathaus in Gältlingen Einsicht nehmen. 2510

Zugleich ergeht die öffentliche Aufforderung, etwaige noch nicht bekannte Ansprüche auf Freilassung von den Unternehmen, oder auf Anteilnahme an denselben, innerhalb der Ausschlussfrist von zwei Wochen, von dem Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an getrdmet, beim Schultheißenamt oder beim Oberamt hier geltend zu machen. Den 17. Dez. 1919. Oberamt: Mü n z

#### Kostlandsversorgung für Kinderdemihteile.

Es ist wieder eine Sendung Kostlandswaren, Hemden, Unterhosen, Socken, Handschuhe etc. eingetroffen, welche in den einschlägigen Geschäften des Bezirks gegen Berechtigungscheine, welche vom (Stadt-) Schultheißenamt zu erhalten sind, abgegeben wird. 2603

Ragold, den 17. Dezember 1919. Oberamt: Mü n z

#### Häutezuschläge.

Durch Bekanntmachung der Reichfleischstelle, Verwaltungsabteilung, vom 8. Dezember 1919 sind die an den Tierhalter zu bezahlenden Häutezuschläge für Schächtlinge für die Zeit vom 15. Dezember 1919 bis 18. Januar 1920 einschließlic für den Feintrer Lebendgewicht in folgender Weise festgesetzt worden: 2602

für Kinder ausgenommen Kälber	26 80
für Kälber	52 20
für Schafe	32 40
für Pferde, einschließlich Kohlen, Esel, Maultiere und Maultiere	19 80

Entsprechend der Aenderung der Zuschläge für die Schlachtlinge werden die für **Rug- und Juchtrindvieh** festgesetzten Höchstpreise von 130 Mark für 50 Kg. Lebendgewicht in folgender Weise geändert:

beim Großvieh auf 130 u. 28 80	= Mark 158 80
bei den Rälbern auf 130 u. 52 20	= Mark 182 20

Ragold, den 17. Dez. 1919. Oberamt: Mü n z

#### Oberamt Ragold.

#### Wahl der Mitglieder des Bezirksamts.

Gemäß § 1 der Min.-Verf. vom 1. Dez. d. J. (Reg. Bl. S. 401) werden die Mitglieder der Gemeinderäte sämtlicher Gemeinden des Bezirkes ausgelodert, binnen 10 Tagen, also bis spätestens 29. d. Mts., Wahlvorschlüge für die Wahl der Mitglieder des Bezirksamts bei dem Oberamt einzureichen. Die von der Amtsversammlung am 13. d. Mts. gewählten Bezirksratsmitglieder: 2593

Stadtschultheiß Maier	in Ragold,
Weller	Rehndorf,
Schultheiß Kern	Gältlingen,
Schleich	Herberberg, Stollbrunn,
Engler	Gebhausen,
Stadtschultheiß Knauf	Halterbach,

dürfen in die Wahlvorschlüge nicht aufgenommen werden.

Zugleich werden die nachstehenden Vorschriften der Volksgesetzgebung bekannt gegeben.

**Wahlvorschläge. § 2.**

1) Jeder Wahlvorschlag muß von mindestens fünfzehn Mitgliedern der Gemeinderäte des Bezirks unterzeichnet sein. Die Unterzeichner können Mitglieder der Gemeinderäte verschiedener Gemeinden sein. Der Wahlvorschlag soll die Wählervereinigung, von welcher er ausgeht, nach ihrer Parteistellung oder einem sonstigen unterscheidenden Merkmal kenntlich machen. Die Jurisdiktion einer abgegebenen Unterschrift unter einem Wahlvorschlag wird nach dessen Einreichung nicht mehr berücksichtigt.

2) Jeder Wahlvorschlag hat, damit neben den ordentlichen Mitgliedern eine genügende Anzahl von Stellvertretern und Ersatzmannern vorhanden ist, die Namen von acht wählbaren Personen zu enthalten. Die vorgeschlagenen Bewerber sind nach Familien- und Rufnamen, Stand oder Beruf und Wohnort zu bezeichnen und in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen. Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag beizugeben. Nach der Einreichung des Wahlvorschlages wird die Jurisdiktion einer Zustimmungserklärung nicht mehr berücksichtigt.

3) Ein Bewerber darf sich nur einmal vorschlagen lassen. Wählbar sind alle Personen, welche in einer Gemeinde des Oberamtsbezirks nach Art. 1 des Gesetzes vom 15. März 1919, betr. das Gemeindevahlrecht und die Gemeindevertretung (Reg. Bl. S. 25) wahlberechtigt sind und das 25. Lebensjahr vollendet haben, vorbehältlich der in Art. 23 Abs. 2 der Bezirksordnung getroffenen Bestimmung. Wählbar sind auch die Mitglieder der Amtsversammlung, soweit sie nicht als Mitglieder des Bezirksamts gem Art. 38 der Bezirksordnung gemacht worden sind.

4) Wird kein Vorschlag eingereicht, so ist die Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen zu wiederholen.

**Verbindung von Wahlvorschlägen. § 3.**

Zwei oder mehrere Wahlvorschläge können in der Weise miteinander verbunden werden, daß sie den Wahlvorschlägen anderer Wählervereinigungen gegenüber als ein einziger Wahlvorschlag anzusehen und zu behandeln sind. In diesem Falle müssen die Unterzeichner der betreffenden Vorschläge oder die Vertreter der Wählervereinigungen übereinstimmend spätestens binnen fünf Tagen nach der Einreichung der Wahlvorschläge bei dem Oberamt die Erklärung abgeben, daß die Vorschläge miteinander verbunden sein sollen. Die abgegebene Erklärung kann nicht mehr zurückgenommen werden.

**Vertreter der Wählervereinigungen. § 4.**

1) Jede Wählervereinigung, welche einen Wahlvorschlag einreicht, hat zugleich dem Oberamt einen Vertreter und einen Stellvertreter beizusetzen zu bezeichnen.

2) Der Vertreter ist berechtigt und verpflichtet, namens der Wählervereinigung die zur Befreiung etwaiger Anstände erforderlichen Erklärungen rechtsverbindlich abzugeben.

Den 16. Dez. 1919. Rang.

**Fleischzulage in der Weihnachtswoche.**

Laut Erlass der Fleischverordnungsstelle Stuttgart Nr. 13306 vom 16. Dezember d. J. wird mit Ermächtigung des Ernahrungsausschusses für die Weihnachtswoche vom 22. bis 28. Dez. 1919 für die Fleischverordnungsstelle Bevölkerung eine Fleischzulage von 100 Gramm für Erwachsene u. 50 Gramm für Kinder abgeben.

Der Abschnitt 2 der Fleischkarte gilt somit statt 150 Gramm 250 Gramm und für Kinder die Hälfte. 2605 Nagold, 17. Dezember 1919. Oberamt: Rang.

**Oberamtsstadt Nagold.**

**Aufforderung.**

Aus einer Stiftung kommen gemeindefurlich Bestimmung gem auf Weihnachten an hiesige bedürftige Hinterbliebene von Kriegsteilnehmern, an Kriegsbeschädigte und sonstige in Not geratene Kriegsteilnehmer Gaben zur Verteilung. Wer sich darum bewerben will und keiner der hier bestehenden Vereinigungen angehört, hat sich heute noch beim Stadtkulturbureau zu melden. 2606

Fünf zweijohrige



**Hühner**

erkauft 2607 Johannes Hammacher, Bäder : : Nagold.

Geienfelle . 70 Mt.

Rehfelle . . 35 Mt.

Feldhanfelle 8 Mt.

Obige Preise bezahlbar per Nachnahme für große, gutbehandelte Felle. Für Fuchs, Warber, Stils, sowie alle anderen Felle noch nie dagewesene Preise. Senden Sie Ihre Fellschurfe gezeichnet ein, dieselben bleiben Ihr Eigentum bis Lebereinstimmung im Preis erzielt ist.

**G. Maichhofer**

moderne Neuausstattung Pforzheim 2509 Lindenstr. 52. Telefon 1501.

**Passende Geschenkartikel, Christbaumschmuck und Weihnachtskerzen**

empfiehlt 2567

**Löwen-Drogerie** Gebr. Benz, Nagold, Bahnhofstr. Telefon 122.

**Niederlage und Ausschank von Münchner Spaten-Bran.**

Bestellungen auf die Feiertage von 25 R. ab nimmt entgegen 2595

**F. Kurlenbauer z. „Löwen“** Telefon 91.

**Weihnachtskarten**

bei G. W. Zaiser, Nagold.

Telefon 75. Telefon 75.

# Jakob Luz Nagold.

**Zum Weihnachts-Einkauf geeignet**  
empfehle mein reichhaltiges Lager in

**Haus- u. Kuchenartikeln, als Glas-, Porzellan, Majolika-, Metall-, u. Holzwaren, Photographie- u. Bilderrahmen, Spiegel, Kleiderhalter usw. - Pfeifen, Stöcke, Schmuck-, Toilette-, Leder- u. Messerwaren, Taschenlampen u. Feuerzeuge.**

Viele andere Galanterie- und Kurzwaren jeder Art.

Auch ist mein Lager in **Spielwaren** in allen erreichbaren Sachen zur gefälligen Besichtigung und Abnahme ausgestellt.

**Zur Annahme, Hinterlegung und Einlösung von Wertpapieren und Zinsheinen**

empfehlen wir unseren Mitgliedern und den Nichtmitgliedern die gefestigt zugelassenen deutschen

## Darlehenstafeln-Bereine

welche durch ihren Anschluß an die landwirtschaftliche Zentralkasse zur Darlehensaufnahme aller diesbezüglichen Geschäfte in der Lage.

**Bezirksverband der landwirtschaftl. Genossenschaften des Bezirks**  
Bezirksobmann Dengler.

**Offtingen Oberamt Nagold.**

Die hiesige Gemeinde verkauft am

**Freitag, den 19. d. Mts., nachmittags 1 Uhr**

## 8 St. Pappeln

mit 6,37 Festmeter.

Zusammenkunft beim Rathaus.

Ferner wird am gleichen Tage, nachmittags 3 Uhr auf dem Rathaus die

## Gemeindefischweide

welche im Vorfruhjahr mit 150 Stück und im Nachfruhjahr mit 200 Stück besetzt werden darf, auf ein Jahr verpachtet. 2579

Gemeinderat.

**Kleinkinderschule.**  
Am unferen Kleinsten die erfahrene kleinen Weihnachtsfreuden bereiten zu können, bitten alle Kinderfreunde um freundliche Gaben 2597 die Kinderschwestern die Co. Stadtpfarramter.

**Kinderjungen- und Mädchenschule.**  
Am den zahlreichsten Kindern auch dies Jahr eine kleine Freude machen zu können, bitten die Lehrer und Lehrerinnen, sowie die Unterzeichneten herzlich um freundliche Gaben 2529 J. A. Stadtpfarrer Dr. Schaiter, Pfarrer Weibrecht.

**Mädchen**  
17-22 Jahre alt, für Haus und Wirtschaft kognieren Lohn und Trinkgeld zum 1. oder 15. Januar gesucht. 2566 Christliches, fleißiges Mädchen. Raberes: Gesellschaftler.

**Ev. Juglingsverein.**  
Am freundliche Beistehern zu der Weihnachtsfeier des an jungen Mitgliedern nun wieder reichen Vereins bittet seine Gönner und Freunde wieder herzlich 2530 Der Aussch. J. A. Stadtpfarrer Dr. Schaiter, Verwalter Bauer.

**Mädchen,**  
Ein braves, fleißiges nicht unter 18 Jahren wird auf 1. Januar als Dienstmädchen 2562 gesucht; auch ist demselben Belegenheit geboten, das Kochen zu erlernen. Frau Wolf, Schloßberg 17, Pforzheim.

**GELD**  
gibt an folg. Leute led. Stand zu gunst. Beding. Ratenzahlung. Scot & Co., Rurnberg 2. 48 h

Nagold.

## Freiwillige Feuerwehr.

Von heute ab ist das I. Wachkommando in Dienst gestellt. 2609 Das Kommando.

**Kirche Haiterbach.**  
Sonntag, den 21. Dez. 1919, nachm. 2 Uhr

## Kirchenkonzert

Mitwirkende:  
Nagolder und Haiterbacher Musikfreunde.  
Fräulein Illa Knödler (Sopran), Stuttgart.  
Leitung und Orgel:  
Seminarlehrer Beyner, Nagold.  
Eintritt: 1 M. Programm 20 Pfg.

Statt jeder besonderen Einladung!

Felshausen.

## Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns hiemit, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

**Samstag, den 20. Dezember 1919**

stattfindenden Hochzeitsfeier in das Gasthaus zur Linde in Felshausen freundlichst einzuladen.

**Ehr. Schag**      **Th. Besserer**  
Sohn des      Tochter des  
Ehr. Schag, Schreinermeister, Felshausen.      Matthäus Besserer, Tagelöhner, Schuffenried.

Richtung 1/2 12 Uhr. 2594

**Gesucht**  
ein fleißiges, christliches Mädchen  
für Küche, Haushalt und Wirtschaft. 2608  
Von wem? sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.  
Gabe im Auftrag 2601

**neuen Damen-Mantel**  
zu verkaufen.  
Frau Kloß (Herrenbergstr.) Nagold.

**Gutes Allgäuer Heu u. Dehmd**  
sowie gutgewittertes Haber- u. Gersteno-Stroh  
hat Selbstproduzent zu verkaufen  
und mollen Viehhaber unter Preisabgabe sich melden unter D. 2598 bei der Geschäftsstelle des Blattes.